

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 91. Ratssitzung vom 23. November 2011

1998. 2011/373

Beschlussantrag von Jacqueline Badran (SP) und 13 Mitunterzeichnenden vom 05.10.2011:

Rücknahme der Steuersenkungen auf dem Kapital mindestens im Umfang der geplanten Steuerfusserhöhung von sieben Prozent

Jacqueline Badran (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Protokoll-Nr. 1825/2011): Die Finanz- und Steuerpolitik der letzten zehn Jahre zeichnet sich in der Schweiz und insbesondere im Kanton Zürich aus durch Kapitalentlastung auf der einen Seite und Arbeitsbelastung auf der anderen Seite. Die Kapitalentlastung kostet den Kanton Zürich jährlich 2 Mrd. Franken. Derart massive Steuergeschenke können nur refinanziert werden durch Schulden, durch Leistungsabbau oder durch die Belastung der Einkommen. Weil der Kanton die Leistungen nicht abbauen kann und keine Schulden machen will, belastet er nun die Einkommen, indem er die Steuern um 7% erhöht. Dieses Vorgehen ist inakzeptabel. Besonders betroffen von der Kapitalentlastung der letzten zehn Jahre ist die Stadt Zürich; allein die Unternehmenssteuerreform II kostet uns jährlich wiederkehrend 220 Mio. Franken, was 14 Steuerprozenten entspricht. Wir haben die Möglichkeit und die Pflicht, den Kanton mit einem Beschlussantrag aufzufordern, aktiv zu werden. Der Beschlussantrag ist für die Stadt das richtige Instrument, um dem Kanton die Unzufriedenheit über die Steuererhöhung zu signalisieren. Es ist mir ein Anliegen, dass wir uns parteiübergreifend für tiefere Steuern einsetzen.

Michael Schmid (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag: Die FDP-Fraktion hat sich ein paar grundsätzliche Fragen zum Instrument der Resolution gestellt. In der Geschäftsordnung des Gemeinderats ist zwar eine Resolution vorgesehen – eine gesetzliche Grundlage in der Gemeindeordnung oder im übergeordneten kantonalen Recht fehlt aber. Aus Effizienzgründen und im Hinblick auf das Ansehen des Gemeinderats sollten wir in Angelegenheiten, die uns nichts angehen, nicht Instrumente einsetzen, die es gar nicht gibt. Wir stimmen Nein und appellieren an den Gemeinderat, in Zukunft auf das Instrument der Resolution zu verzichten.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Die Steuereinnahmen haben 2010 im Vergleich zu 2001 im ganzen Kanton, trotz Steuersenkungen, um 17% zugenommen. Würde die Stadt in der Statistik nicht berücksichtigt, hätten die Steuern um 25% zugenommen. Die Stadt Zürich hat nur

6% zugelegt. Der Kanton hat sowohl von den natürlichen als auch von den juristischen Personen mehr Steuergelder eingenommen. Bezüglich der steuerbaren Einkommen ist interessant, dass wesentlich mehr Personen in die Kategorie 50 000 bis 100 000 Franken steuerbares Einkommen fallen als in die Kategorie bis 50 000 Franken. Damit lassen sich die Argumente von Jacqueline Badran (SP) widerlegen. Die Steuererhöhungen ergeben sich übrigens nicht aus der Kapitalentlastung, sondern aus dem Loch in der kantonalen Pensionskasse BVK. Auf die Steuerfuss-Erhöhung muss aber verzichtet werden.

Michael Baumer (FDP): Auch wir lehnen eine Steuererhöhung für die Bevölkerung ab. Die vorgeschlagene Resolution ist aber nicht nötig; der Kantonsrat hat mehrheitlich selber erkannt, dass es nicht zu einer Steuererhöhung von 7% kommen sollte, und ist selber aktiv geworden. Wäre in der Vergangenheit das Wachstum der Staatsausgaben gedrosselt worden, hätten wir heute das 7%-Steuerproblem nicht. Es stimmt nicht, dass eine Resolution das einzige Instrument auf kommunaler Ebene ist. Wir lehnen die Resolution ab.

Daniel Meier (CVP): Die CVP lehnt Beschlussanträge aus Prinzip ab. Der Weg müsste über die SP-Fraktion im Kantonsrat führen, kommen doch Beschlussanträge der Stadt beim Kantonsrat nicht gut an. Eine Überweisung der Resolution wäre kontraproduktiv.

Matthias Wiesmann (GLP): Die GLP hat ein gewisses Verständnis für das Anliegen. Der Kanton Zürich ist sehr attraktiv für Unternehmen, deshalb müssen die Unternehmenssteuern kurzfristig sicher nicht mehr gesenkt werden. Trotzdem stimmt die GLP gegen den Beschlussantrag. Die SP kann das Anliegen selber im Kantonsrat einbringen. Eine Erhöhung der Unternehmenssteuern in absehbarer Zeit wäre ein falsches Signal und würde die Planungssicherheit beeinträchtigen – der Kanton Zürich ist nicht zuletzt deshalb attraktiv, weil er eine stabile Politik betreibt. Ausserdem lehnt die GLP-Fraktion im Kantonsrat Steuererhöhungen ohnehin ab. Deshalb lehnen wir den Beschlussantrag ab.

Christoph Spiess (SD): Uns stört höchstens der Begriff Resolution; der Weg hätte im Prinzip auch über eine Behördeninitiative in Form einer allgemeinen Anregung führen können. Dieser formelle Aspekt muss aber zurückstehen. Der Kanton Zürich betreibt seit etlichen Jahren eine schlechte Finanz- und Steuerpolitik, von der die Stadt Zürich direkt betroffen ist. Die Steuern haben in den letzten zehn Jahren nominal zugenommen, weil die Bevölkerung zugenommen hat. Dadurch sind aber auch die Ausgaben gestiegen, womit wir im Ergebnis ein Nullsummenspiel haben. Hinzu kommt die Geldentwertung; sie ist verantwortlich für den Aufstieg in höhere Einkommenskategorien. Um aus seiner finanziellen Misere herauszukommen, wird der Kanton Lasten auf die Gemeinden abwälzen und damit die Stadt Zürich stark belasten. Statt das Gemeinwesen noch mehr zu strangulieren oder andernorts Neubelastungen vorzunehmen, wäre es sinnvoll, die Mittel in Form von rückgängig gemachten Steuersenkungen zu beschaffen. Unternehmen sollen genauso wenig wie Private in den Genuss einer Garantie auf gleichbleibenden Steuerfuss kommen. Werden einseitig Unternehmen belastet, fliessen

Mittel aus der Stadt Zürich ab in andere Standorte, nämlich in Form von Gewinn, der in Zürcher Unternehmen ausgeschüttet wird. Die Verschiebung der Steuerlasten von den juristischen zu den natürlichen Personen führt damit dazu, dass ein Gemeinwesen wie die Stadt Zürich Substanz verliert. Dagegen darf sich die Stadt ruhig wehren. Wir Schweizer Demokraten sagen deshalb Ja zum Beschlussantrag.

Dominique Feuillet (SP): *Hinter dem Beschlussantrag steht nicht nur Jacqueline Badran (SP), sondern die geschlossene SP-Fraktion. Mit dem Beschlussantrag kann der Gemeinderat seine Meinung immerhin beim Kantonsrat deponieren, auch wenn dieser sie vielleicht nicht angemessen beachten wird. Ich bitte den Gemeinderat, die Anliegen der Stadt Zürich ernst zu nehmen und den Beschlussantrag zu unterstützen.*

Niklaus Scherr (AL): *Es ist uns unbestritten erlaubt, eine Resolution einzureichen, jedoch ist sie unser schwächstes Instrument für ein sehr wichtiges Anliegen. Vor längerer Zeit hat der Gemeinderat ein Gemeindereferendum gegen eine immer noch pendente Unternehmenssteuerreform zur praktisch vollständigen Abschaffung der Kapitalsteuer für Unternehmen im Kanton Zürich beschlossen. Der Kantonsrat stimmt über das Gemeindereferendum sehr wahrscheinlich nächstes Jahr ab. Es wäre realpolitisch sinnvoll, abzuklären, wie breit die aktuellen Mehrheiten im Kantonsrat im Hinblick auf zukünftige Steuersenkungen sind. Ein möglicher Vorschlag für eine solche Resolution könnte wie folgt lauten: «Der Kantonsrat wird ersucht, auf die beschlossene Unternehmenssteuerreform, gegen die der Gemeinderat das Referendum ergriffen hat, zurückzukommen.» Damit könnten wir zeigen, dass wir nicht auf der Strasse dieser steuerpolitischen Fehlleistungen weitermarschieren wollen. Hiermit möchte ich Ihnen einen diesbezüglichen Änderungsantrag beliebt machen.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die von Jacqueline Badran (SP) genannten jährlich wiederkehrenden Steuerausfälle in der Höhe von 2 Mrd. Franken sind nicht realistisch. Werden durch den Steuerwettbewerb mehr zahlkräftige Steuerzahler angelockt, können mehr Steuern generiert werden. Es könnte durchaus sein, dass per Saldo ein jährlich wiederkehrender Mehrertrag von 1 Mrd. Franken herauschaut.*

Theo Hauri (SVP): *Steuersenkungen sind der Treibstoff für unsere Wirtschaft. Dank ihnen können KMU weiter existieren. Für ein Unternehmen sind Steuern in erster Linie Unkosten.*

Kyriakos Papageorgiou (SP): *Die bürgerliche Finanzpolitik will den Staat kaputt machen. Dagegen wehren wir uns mit ganzem Herzen.*

Jacqueline Badran (SP): *Die Finanz- und Steuerpolitik der FDP und SVP ist orientierungs- und lösungslos. Wir hatten eine schuldenfinanzierte Steuersenkung, jetzt haben wir eine schuldenfinanzierte Spitalfinanzierung und eine schuldenfinanzierte BVK-Finanzierung – wo ist die Lösung für dieses Problem? Wir wollen keine Steuersenkungen, und die Bürgerlichen wollen namhafte Leistungskürzungen, um die anstehenden Finanzierungslöcher zu refinanzieren. Die alternative Lösung ist, die Steuergeschenke,*

die reine Mitnahmeeffekte sind, teilweise rückgängig zu machen. Für die Grosskonzerne, die von den Steuergeschenken profitieren, wäre dies gut verkräftbar. Die SP-Fraktion wird im Kantonsrat natürlich ebenfalls aktiv werden. Wichtig ist aber, wie gesagt, dass sich die überdurchschnittlich betroffene Stadt Zürich selber wehrt. Sollte sich die GLP überwinden können, einem von Niklaus Scherr (AL) angeregten Änderungsantrag zuzustimmen, würde ich eine solche Änderung natürlich befürworten. Bis dahin möchte ich beliebt machen, endlich die Zusammenhänge zu begreifen und aufzuhören, die unsägliche Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre gutzuheissen.

Dorothea Frei (SP): Für mich als Unternehmerin ist eine funktionierende Infrastruktur die Grundlage des Erfolgs meines Unternehmens. Steuern sind für mich keine Unkosten: Ich stelle die erbrachte Leistung in Rechnung, bezahle aber auch die Rechnungen für in Anspruch genommene Leistungen. Die Unternehmen kommen nicht wegen der Steuern nach Zürich, sondern in erster Linie wegen der funktionierenden Infrastruktur.

Roger Liebi (SVP): Den grössten Teil des Geldes nimmt die Stadt Zürich über die Steuern des Finanzplatzes ein, der von linker Seite aber bei jeder Gelegenheit schlechtgemacht wird. Im Gegensatz zur SP will die SVP die Aufwandseite möglichst gering halten. Angesichts der wütenden Eurokrise ist es bedenklich, die finanzielle Situation des Kantons Zürich derart zu dramatisieren. Ausserdem bin ich überrascht, dass sich die Schweizer Demokraten und die Sozialdemokraten offenbar verbrüderert haben.

Theo Hauri (SVP): Zum Votum von Jacqueline Badran (SP): Wenn die Rechnung nicht aufgeht, muss gespart werden. Zum Votum von Dorothea Frei (SP): Der von Ihnen gelobte Service Public sieht in den Augen eines Lastwagenchauffeurs alles andere als rosig aus.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Steuern sind für ein Unternehmen durchaus zentral. Die Belehrungen von linker Seite schaffen keine brauchbare Finanzpolitik.

Christoph Spiess (SD): Unsoziale Steuerpolitik lehnen wir genauso ab wie die tiefen Löhne und die hohen Mieten, für die sich die SVP einsetzt.

Jacqueline Badran (SP): Der Änderungsantrag ist hinfällig, weil die GLP nicht bereit ist, mitzumachen. Deshalb stimmen wir jetzt über die Originalvorlage ab.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 62 gegen 58 Stimmen zu.

5 / 5

Damit ist beschlossen:

Der Gemeinderat der Stadt Zürich reicht beim Kantonsrat folgende Resolution ein:

Resolution des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 23.11.2011 betreffend Rücknahme der Steuersenkungen auf dem Kapital mindestens im Umfang der geplanten Steuerfusserhöhung von sieben Prozent

Es sind Massnahmen zu ergreifen, die die Steuersenkungen der letzten Jahre auf Kapital und Unternehmensgewinne, mindestens in der Grössenordnung der geplanten Steuerfusserhöhung, rückgängig machen. Auf die geplante Steuerfuss-Erhöhung von sieben Prozent, die die Einkommen der gesamten Bevölkerung belastet, kann somit verzichtet werden.

Mitteilung an den Kantonsrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat